

**Tagung „Migration als Herausforderung für die europäischen Städte“  
11. und 12. November 2005, Rathaus Graz**

**Zusammenfassung  
der Ergebnisse aus den Workshops und Plenen**

Erfolgreiche Integrationspolitik setzt fundierte Information, praxisnahen Erfahrungsaustausch, sowie offensives Handeln der politischen Entscheidungsträger voraus.

Der Aufbau der Tagung „Migration als Herausforderung für die europäischen Städte“ im Grazer Rathaus am 11. und 12. November 2005 wurde auch in diesem Sinne konzipiert.

Als erste Schritte wurden Ist-Zustands-Analysen in den Themenbereichen Schule, Wohnen und Staatsbürgerschaft vorgenommen. Die Beiträge der ReferentInnen aus Wiesbaden, Frankfurt am Main, Stuttgart und Stockholm lieferten neue Ansätze im Umgang mit den oben genannten Themen. Schließlich wurden die einzelnen Themenschwerpunkte in den Workshops und Plenen evaluiert, ergänzt und weiterentwickelt.

Daraus sind die nachstehenden Verbesserungsvorschläge und Lösungsansätze entstanden (für Detailinformationen siehe die Tagungsdokumentation unter [www.graz.at/politik](http://www.graz.at/politik) - Rubrik MigrantInnenbeirat).

### **Themenbereich Schule**

Anforderung an die

- Politik und Behörden,
- Schule (Struktur und Personal) und
- Eltern

• **verstärkte Ressourcen:**

- in Vorschulerziehung bzw. Kindergarten
- in Pflichtschulen (z.B. Ausstattung, räumlich, personell, Muttersprachenunterricht, IKL-LehrerInnen sind keine Personalreserve..)

- **Hilfestellungen und Unterstützung für LehrerInnen**, um z.B. dem Burn Out vorzubeugen und sie für den Unterricht in multikulturellen Klassen zu stärken
- **verstärkte Zusammenarbeit mit MigrantInnenvereinen und Beratungseinrichtungen** um den Informationsfluss zu verbessern und auf diesem Weg z.B. auch die Eltern besser zu erreichen
- mehr Ressourcen in die **Nachmittagsbetreuung**
- auch **Kinder ohne Migrationshintergrund** müssen bezüglich Interkulturalität sensibilisiert werden - daher intensive Förderung der notwendigen Kompetenzen beider Seiten
- **Mehrsprachigkeit und interkultureller Hintergrund** der Kinder mit anderer Muttersprache als „normal“ und vor allem als **Ressource** erkennen!
- **Aufwertung von Schulen**, die Interkulturalität leben und wertschätzen
- **außerschulische Kursangebote für Eltern** unter Berücksichtigung von möglichen Hemmschwellen
- **Ausweitung und Vernetzung von bestehenden Projekten**
- **Öffnung von Lehr- und Sozialberufen** für MigrantInnen

- **Integrationspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik** behandeln
- Erfahrungsaustausch und **Fortbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen** zum Thema Interkulturalität und Migration, **Sensibilisierung** betreffend Unterrichtsmaterialien mit diskriminierenden Inhalten (z.B. Bezeichnung „Neger“ in Übungsblättern), Kommunikationsmittel **Elternheft** besser bzw. anders nutzen!
- **Sonderförderung für Neuankömmlinge**, Schaffung von Extraklassen

## Themenbereich Wohnen

- **Chancengleichheit** beim Zugang zum geförderten Wohnbau und zur Wohnbeihilfe
  - Inanspruchnahme von Wohnbeihilfe (derzeit mind. 5 Jahre Wartezeit)
  - Zugang zu vom Land geförderten Mietwohnungen (derzeit mind. 5 Jahre Wartezeit)
  - Aufhebung des Kaufverbots für geförderte Eigentumswohnungen für AusländerInnen
  - Beratungsstellen (Land und Gemeinde)
  - Informationsstelle des Landes im Bezug auf Information und Beratung für MigrantInnen (Fülle und Qualität der Information sowie Sprachkompetenz des Personals)
- **Lobby für Interkulturalität**, friedliches Zusammenleben fördern
- **Interkulturelle Öffnung** in der Hausverwaltung
- **Modell „soziale Stadt“**
  - Bund, Länder und Gemeinden arbeiten zusammen, um sozialer und räumlicher Spaltung in den Städten entgegenzuwirken (siehe dazu: [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de))
- **Stadttrendite fokussieren**: Ertrag ist nicht nur in Geld messbar, Lebensqualität berücksichtigen
- durch Privatisierungen geht die **Steuerung durch die Politik verloren**
- **präventive Stadtteilarbeit** (Siedlungen mit Betreuungsbedarf) durch Einsatz von MediatorInnen mit interkultureller Kompetenz

## Themenbereich Staatsbürgerschaft

Landespolitik:

- **Kostensenkung** (zumindest für Familien mit Kindern), Verwaltungsabgabe € 872,-
- Land wird ersucht **mit folgenden Anliegen an den Bund heranzutreten**

Bundespolitik:

- Die vorgesehenen **Änderungen bedeuten einen Rückschritt**, Vergleich in Europa, daher Erleichterung statt Verschärfung
- 10-jährige **Aufenthaltsdauer herabsetzen** (Deutschland 8 Jahre, Schweden 5)
- **Kosten der Einbürgerung senken** (Bund):
  - Einbürgerungswerber müssen Kredite aufnehmen!
  - Österreich           € 1.417,-   872 (Land) + 545 (Bund) = Kosten der Einbürgerung
  - Deutschland         € 255,-
  - Schweden             € 160,-
- **geplante Änderungen**: Aufenthaltsdauer 10 Jahre (nach Änderung der Modalitäten längere Wartezeiten möglich), anerkannte Flüchtlinge statt 4 jetzt 6 Jahre Wartezeit, schriftlicher Landeskundetest (indirekt eine schriftliche Überprüfung der Deutschkenntnisse auf höherem Niveau)
- **Fazit**: massive Verschlechterungen, Signal der Bundesregierung „Wir wollen euch nicht“  
Durch spätere Einbürgerung müssen politische Rechte (Wahlrecht) später ausgeübt werden!